



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 01.08.2014

Niederschrift

18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.03.2013

Anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Karl Dörr

Stadtverordnete/r

Frau Jutta Burghardt
Herr Gerhard Dubrau
Herr Jürgen Effenberger
Frau Marina Glorius
Herr Christian Gradl
Frau Karin Hartmann
Herr Mathias Horn
Herr Martin Kleine
Herr Matthias Kreh
Herr Andre Leers
Herr Karlheinz Müller
Herr Dieter Ohl
Herr Oliver Schröbel
Frau Daniela Stoeckel
Herr Dr. Jens Zimmermann
Herr Sven Blümlein
Herr Michael Engels
Herr Heiko Handschuh
Herr Norbert Knöll
Herr Dr. Jochen Ohl
Herr Alexander Pfau
Herr Peter Sekyra
Herr Dr. Peter Ditter
Herr Karl-Heinz Dührig
Herr Klaus Scheuermann
Herr Werner Eckhardt
Herr Christian Flöter

Herr Hans-Günter Göring
Herr Karl-Heinz Jung
Frau Christiane Roelle
Herr René Stieme
Herr Dr. Fritz Roth

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Joachim Ruppert

Erster Stadtrat

Herr Erster Stadtrat Diethard Kerkau

Magistrat

Herr Stadtrat Horst Engelhardt
Herr Stadtrat Richard Fikar
Frau Stadträtin Renate Filip
Herr Stadtrat Alois Macht
Frau Stadträtin Ursula Münch
Herr Stadtrat Reinhold Ritter

Ausländerbeirat

Frau Sandra Machado Freitas Pereira Vertreterin für Frau Torun

Schriftführerin

Frau Selina Funck
Frau Doris Mahler
Frau Doreen Zeller

Nicht anwesend:

Stadtverordnete/r

Frau Katja Fischer
Herr Harry Heb
Herr Karl Werner Storck entschuldigt
Herr Ernst-Ludwig Döring

Magistrat

Herr Stadtrat Wilhelm Adams entschuldigt
Herr Stadtrat Dr. Klaus Dummel entschuldigt

Ausländerbeiratsvorsitzende

Frau Aysel Torun entschuldigt, Vertreterin Frau Sandra
Machado Freitas Pereira

Beginn der Sitzung: 20:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:45 Uhr

Tagesordnung:

18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.03.2013

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen des Magistrates
3. Haushaltsplan 2013 der Stadt Groß-Umstadt
 - 3.1. Haushalt 2013 Stadt Groß-Umstadt: Anträge zum Haushalt 2013
 - 3.2. Haushalt 2013 Stadt Groß-Umstadt: Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010/2011 zum Haushalt 2013
 - 3.3. Haushalt 2013 Stadt Groß-Umstadt: Beschluss des Investitionsprogramms zum Haushalt 2013
 - 3.4. Haushalt 2013 Stadt Groß-Umstadt: Beschluss der Steuersatzung zum Haushalt 2013
 - 3.5. HH2013.Satzung
4. Zweckverband Breitband
Anpassung der Satzung/Benennung Vertreter für die Verbandsversammlung
5. Konzept SeniorenPolitik in Groß-Umstadt
 - 5.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "St.-Peray-Straße / Wiesenstraße" im Stadtteil Umstadt; Beschluss über die öffentliche Auslegung
6. Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2012 bzgl. Verkehrskonzept für den Geiersberg
7. Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.01.2013 bzgl. Zukunftswerkstatt "Kinderbetreuung in Groß-Umstadt einschließlich der Stadtteile"
8. Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.01.2013 bzgl. Fortschreibung des Kindergartenentwicklungsplanes
9. Antrag der SPD - Fraktion vom 19.02.2013 "Prüfantrag zur Sicherheit der kommunalen Infrastruktur gegen Cyberangriffe"
10. Anregungen und Mitteilungen

Stadtverordnetenvorsteher Dörr eröffnet die 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Gegen das Protokoll der 17. Sitzung vom 31.01.2013 liegen keine Einwendungen vor.

Herr Dörr begrüßt die anwesenden Stadtverordneten, Bürgermeister Ruppert, die Vertreter des Magistrates, Frau Machado vom Ausländerbeirat, die Pressevertreter sowie die anwesenden Zuschauer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt er nach, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt. Bürgermeister Ruppert bittet um zusätzliche Aufnahme des Punktes „Vorhabenbezogener Bebauungsplan "St.-Peray-Straße / Wiesenstraße" im Stadtteil Umstadt; Beschluss über die öffentliche Auslegung“. Außerdem teilt er mit, dass der Punkt „Konzept SeniorenPolitik in Groß-Umstadt“ von der Tagesordnung genommen werden kann, da der neu gewählte Seniorenbeirat sich noch konstituieren muss und die Angelegenheit somit noch in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im April behandelt und beschlossen werden kann.

Herr Handschuh teilt für die CDU-Fraktion mit, dass TOP 6 ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt werden kann, da der Antrag mit der Vorlage des Verkehrskonzeptes im Bauausschuss erledigt wurde. Er zieht den Antrag somit zurück.

Herr Flöter teilt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit, dass TOP 8 von der Tagesordnung genommen werden kann, da in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zugesagt wurde, bis zum Sommer einen überarbeiteten Kindergartenentwicklungsplan vorzulegen. Der Antrag wird daher zurückgezogen.

Über die Änderung der Tagesordnung besteht Einvernehmen.

Zu TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

keine Mitteilungen

Zu TOP 2 Mitteilungen des Magistrates

Inhalt der Mitteilung

Die Jazz-Parade findet entgegen der Vereinbarung alternierend Klassik Open Air und Jazz-Parade auszurichten auch 2013 statt. Dies ist der Einwerbung von Sponsorengeldern durch Kulturinteressierte und Mandatsträgern zu verdanken. Mit den eingeworbenen Geldern ist die Jazz-Parade im Budget kostenneutral durchzuführen. Diese Vorgehensweise wurde vom Sport- und Kulturausschuss so gewünscht, falls ausreichend Sponsorengelder eingeworben werden können.

Der Magistrat hat einen neuen Pachtvertrag für das Stadthallenrestaurant beschlossen. Das Restaurant wird nach einigen Restaurierungsarbeiten durch den Pächter wieder zur Verfügung stehen. Der Clubraum ist nicht mehr mitvermietet. Es gibt klarere Regelungen zu Bewirtungsoptionen durch den Pächter. Weiterhin gibt es vertragliche Verpflichtungen Umstädter Wein anzubieten.

Im Ortsbeirat Heubach wurde Michael Emich zum neuen Ortsvorsteher von Heubach gewählt.

Der städtebauliche Wettbewerb zu den Neubaugebieten ist abgeschlossen. Die Entwürfe ersten Preisträger sind Grundlage für die weiteren Beratungen. Auf Basis dieser Entwürfe gilt es zunächst mit den Eigentümern konkret über Umlageparameter zu verhandeln und dann in den Ausschüssen die Bauleitplanung durchzuführen.

1. Preis für das Gebiet Am Steinborn: AG 5dipl.-ingenieur architekt bda + Stadtplaner

Joachim Klie; DA

1.Preis für das Gebiet Am Umstädter Bruch: Planungsbüro für Städtebau; Groß-Zimmern

Die Ergebnisse sind vom 25.03.2013 bis 28.03.2013 jeweils von 16:00 Uhr bis 19:00 Uhr und am Gründonnerstag und Karfreitag auch von 9:00 Uhr – 12:00 Uhr.

Per eMail und teilweise schriftlich wurden Mitteilungsvorlagen zum genehmigten Schulentwicklungsplan, zum Bericht über Wanderungsbewegungen im Landkreis, zu Aussagen über Auswirkungen des geplanten Kifög und zum Bericht des ZAW verteilt.

Zu TOP 3

Haushaltsplan 2013 der Stadt Groß-Umstadt

Es folgen die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden (siehe Anlage zum Protokoll).

Zu TOP 3.1 Haushalt 2013 Stadt Groß-Umstadt: Anträge zum Haushalt 2013

Beschluss:

Über die vorliegenden Anträge zum Haushalt 2013 wird im Einzelnen wie folgt entschieden:

- **Anträge der Verwaltung**

Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen

Investitionspauschale

Reduzierung von 100.000,--€ auf 69.000,-- €

Haushaltssatzung

Saldo Einzahlungen und Auszahlungen

Planungsänderung im Umfang 300 Euro in der Satzung nicht nachvollzogen.

Forstwirtschaft

Privatrechtliche Leistungsentgelte aus Holzverkäufen +10.000 Euro durch höheren, dennoch im Rahmen der Nachhaltigkeit bleibenden Holzeinschlag realisierbar

Öffentliche Verkehrsflächen

"Im Strutfeld" höhere Sanierungskosten

Räumliche Planung und Entwicklung

Stadtbildpflegefonds streichen

Räumliche Planung und Entwicklung

Ortsbildpflegefonds streichen

Öffentliche Verkehrsflächen

Erhöhung Ansatz Einnahme aus Konzessionsabgabe Strom

Kulturpflege

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung Santo Tirso beschränken auf 10.000 Euro lt. Magistratsvorgabe

Räumliche Planung und Entwicklung

Maßnahmenbezeichnung und -Nr. neu vergeben für Städtebaul. Denkmalschutz zur Abgrenzung von Vorstadtsanierung

Budgetplanung: Angabe Freiwillige Leistungen Überarbeitung der Ausweisung, Entfernung der Seiten 389 ff

Interne Miete

Die 'Interne Miete' hat mit den in 2012 zusätzlich abzurechnenden Gebäuden zu einem kalkulatorischen Überschuss von ca. 500.000 Euro geführt. Nach Anpassungen der Rechnung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes wird der kalkulatorische Ertrag der 'Internen Miete' mit den tatsächlichen Leistungen neu abgestimmt. Der Gesamtbetrag der Umlage gegenüber der im Haushaltsentwurf abgebildeten Rechnung nimmt damit um ca. 485.000 Euro ab. Die Deckung im Produkt Gebäudemanagement erreicht damit wieder gewohnte Beträge. Die 'Interne Miete' ist eine kalkulatorische Umlage. Sie ist weder zahlungs- noch budgetwirksam.

Bestattungen

Der Ortsbeirat Dorndiel regt an, im Investitionsprogramm eine Maßnahme für eine 'Urnenwand Dorndiel' als Merkposten - ohne Ansätze - aufzunehmen.

Redaktionelle Änderungen allgemein

Die Verwaltung wird ermächtigt, sonstige redaktionelle - die Vorgaben der Mustervorlagen nach GemHVO, den Begleittext oder Kennzahlen / Diagrammdarstellungen betreffende - Korrekturen vorzunehmen. Auf eine Auflistung der Änderungen wird verzichtet.

Stadtverordnetenvorsteher Dörr lässt über die Verwaltungsanträge (Nr. 1 – 13) en bloc abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen - einstimmig

- **Anträge der Fraktionen**

Stadtverordnetenvorsteher Dörr ruft die einzelnen Anträge der Fraktionen zur Abstimmung auf.

Die Anträge Nr.1 (SPD-Grundsatzantrag zum Haushalt 2013) und Nr.19 (Eckwertebeschluss der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) werden zugunsten eines gemeinsamen Antrages von SPD / Bündnis 90 / Die Grünen und CDU zurückgezogen.

Gemeinsamer Antrag von SPD Bündnis 90/DIE GRÜNEN CDU zum Haushalt 2013

1. Der Magistrat wird verpflichtet für das Haushaltsjahr 2019 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Für das Haushaltsjahr 2016 ist eine Halbierung des Defizits zu erreichen.
2. Dabei sind bei der Aufstellung der zukünftigen Haushalte die folgenden Defizitobergrenzen anzustreben:
2014 - 1.200.000 €, 2015 - 900.000 €, 2016 - 600.000 € 2017 – 400.000 €, 2018 - 200.000€
3. Der Magistrat wird verpflichtet, den Subventionsbedarf beim Haushaltsvollzug 2013 um 270.000 € zu vermindern.
4. Dazu erstellt der Magistrat in 2013 eine langfristige Konsolidierungsstrategie und einen entsprechenden Maßnahmenplan über sechs Haushaltsjahre.
5. Zur Verbesserung der Transparenz und zur Unterstützung der Arbeit von Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Verwaltung im Bereich der Finanzen ist das Controlling auszubauen. Dazu legt der Magistrat dem Haupt- und Finanzausschuss einen Kennzahlenplan zur wirkungsvollen politischen Steuerung der Haushaltsführung (Planung und Vollzug) von jeweils 1 bis 3 Kennzahlen je Produkt vor. Dabei orientiert sich der Magistrat an entsprechenden Konzepten der KGSt, des Städte- und Gemeindebundes und des Städtetages.
6. Folgende Zielsetzungen gelten für die Konsolidierung:
 - a. Die Angebotsinfrastruktur (Bsp.: Hallen, Säle, Sportstätten) soll soweit wie möglich erhalten bleiben
 - b. Kostenreduzierende bzw. infrastrukturerhaltende Investitionen sind zu planen
 - c. Alle Produkte sind zu überprüfen auf

- i. Notwendigkeit
 - ii. Übergabe von Leistungen auf Dritte (bspw. Vereine, Initiativen)
 - iii. Ausgestaltung, Effizienz und Organisation
 - iv. Personalausstattung Reduzierungen im Personalbereich sollen sozialverträglich, z.B. durch Ruhestandsregelungen und Fluktuation erfolgen.
7. Alle Konsolidierungsmaßnahmen sind zu dokumentieren.
8. Mit dem letzten Quartalsbericht des Jahres – erstmals im Herbst 2013 - bzw. mit dem letzten Quartalsbericht vor der Einbringung des neuen Haushalts legt künftig der Magistrat dem Haupt- und Finanzausschuss einen von den Budgetverantwortlichen erstellten Kurzbericht (max. 1 Seite) budgetweise, bei größeren Abweichungen auch produktbezogen über die Ziele für das Haushaltsjahr und die Zielerreichung vor.

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen, 1 Neinstimme

Anträge der SPD-Fraktion

Es ist zu prüfen, wie die Zuschüsse zur DaDiNa sind bis zum Haushalt 2014 reduziert werden können. Der Magistrat wird aufgefordert entsprechende Verhandlungen aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Ab dem Haushaltsplan 2014 sind alle Positionen mit einer Veränderung von mehr als 10% mindestens mehr als 5.000,-- Euro im Vergleich zum Vorjahr schriftlich zu erläutern.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die hessische Landesregierung auf die aus dem kommunalen Finanzausgleich entnommenen Mittel umgehend zurückzuführen. Die so genannte Kompensationsumlage ist abzuschaffen. Der Magistrat wird beauftragt geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Abstimmungsergebnis:

22 Jastimmen, 8 Neinstimmen, 3 Enthaltungen

Ab dem neuen Kindergartenjahr soll in allen Kindergärten aller Träger die Möglichkeit teilbarer Kindergartenplätze im U3 Bereich angeboten werden.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Die investiven Mittel im Bereich Stadtmarketing sind um 21.000 Euro zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Die Tourismus---Strategie der Stadt Groß-Umstadt ist zu überprüfen. Die Mitgliedsbeiträge in Höhe von 17.000 Euro pro Jahr sind entsprechend auf Einsparungen zu prüfen und für den Haushalt 2014 zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Die investiven Mittel in Höhe von 85.000 Euro für eine stationäre Anlage zur Verkehrsüberwachung in der Realschulstraße sind zu streichen, stattdessen ist der fließende Verkehr durch mobile Überwachungsmaßnahmen zu kontrollieren.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Kreistag auf keinen weiteren Erhöhungen der Schul- und Kreisumlage zuzustimmen und deren Höhe schrittweise auf das Vorkrisenniveau (2008) abzusenken.

(Hinweis: Diesem Antrag schließt sich Herr Dr. Roth an, der seinen diesbezüglichen Antrag zugunsten des SPD-Antrages zurückgezogen hat.)

Abstimmungsergebnis:

20 Jastimmen, 12 Neinstimmen, 1 Enthaltung

Die Grundsteuer A wird auf einen Hebesatz von 320 Basispunkten festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

22 Jastimmen, 11 Neinstimmen

Antrag des Ältestenrates

Zugunsten der Realisierung der Dauerausstellung „Jüdisches Leben im ländlichen Hessen“ in der ehemaligen Umstädter Synagoge im Freilichtmuseum Hessenpark werden **4.000,-- Euro** bereitgestellt.

Die Mittel werden durch Einsparungen im Budget 3 erwirtschaftet.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Anträge der CDU-Fraktion

Der Magistrat wird beauftragt, mit den lokalen und regionalen Verkehrsunternehmen die Bedingungen für eine (Teil-)Kündigung der Buslinien K68 und 682 zu prüfen und die Ergebnisse schnellstmöglich dem Parlament zur abschließenden Entscheidung vorzulegen. Die Linie K68 sollte künftig in Dorndiel enden und beginnen und nicht mehr nach Mömlingen weitergeführt werden. Die Linie 682 sollte nicht mehr in Semd starten und dort enden.

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen, 1 Enthaltung

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Liegenschaft Gruberhof in die Verantwortung des Umstädter Museums- und Geschichtsvereins (UMG) übergeben werden kann.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Der Magistrat wird beauftragt, für alle städtischen Gebäude eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für eine energetische Sanierung durchzuführen. Teilsanierungen sind zu berücksichtigen. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung ist durch städtisches Personal durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Die im Produkt 13.01.01 unter der M. Nr. 5148 vorgesehenen Mittel in Höhe von € 20.000,-- für einen Brunnen in Klein-Umstadt sind für das Jahr 2013 abzuplanen und im Investitionsprogramm im Jahr 2016 wieder einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Im Produkt Brandschutz sind zusätzlich 2.000,-- € für Mitglieder der Einsatzabteilungen zum Erwerb der Fahrerlaubnis C einzustellen.

(Hinweis: Die CDU-Fraktion zieht diesen Antrag zugunsten des Änderungsantrags der SPD zurück.)

Änderungsantrag der SPD:

Im Produkt Brandschutz sind zusätzlich 1.500,-- € für Mitglieder der Einsatzabteilungen zum Erwerb der Fahrerlaubnis C einzustellen. Mit diesen Mitteln werden bis zu drei Führerscheine komplett finanziert.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen wie der Parkplatz am Schwimmbad/Stadion mit möglichst wenig finanziellen Mitteln in einen ausreichend guten Zustand versetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

31 Jastimmen, 2 Neinstimmen

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, die noch notwendigen Maßnahmen am Erweiterungsbau der Friedhofshalle Semd samt Vorplatz im Haushaltsjahr 2013 umzusetzen. Die dafür be-

nötigten Haushaltsmittel in Höhe von ca. 20.000 bis 25.000 Euro je nach der Ausführungsart werden dafür zur Verfügung gestellt, um den vorgesehenen Schutz der Besucher vor Witterungseinflüssen ebenso herzustellen wie auch zu verhindern, dass an der bisher erstellten Bau- substanz Witterungsschäden entstehen.

Die Finanzierung kann über die freiwerdenden Mittel für den Brunnen in Klein-Umstadt und/oder aber über den unvorhergesehenen Verkauf eines städtischen Grundstückes im Stadtteil Semd im Jahr 2012 erfolgen.

Zu diesem Antrag liegt ein Änderungsantrag der SPD vor. Stadtverordnetenenvorsteher Dörr lässt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Änderungsantrag der SPD:

Das Projekt wird in das Investitionsprogramm für das Jahr 2016 aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

24 Jastimmen, 9 Neinstimmen

Eine Abstimmung über den Ursprungsantrag der CDU erübrigt sich hiermit.

Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Der Magistrat wird verpflichtet, der Stadtverordnetenversammlung vor der Einbringung jedes Haushaltes eine Übersicht über alle wichtigen Gebührenbereiche, deren Kostendeckungsgrad und ggf. einen Vorschlag für eine Gebührenanpassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

26 Jastimmen, 7 Neinstimmen

Die Verringerung von Nitrat- und Urangehalt sowie Pflanzenschutzmitteln im Trinkwasser ist als Leistungsziel in den Haushalts-Plan aufzunehmen. Zusätzlich ist der jeweils schlechteste jährlich Messwert aller Brunnen, mit Angabe des Anteils an der Gesamtförderung, in Prozent des Grenzwerts anzugeben.

Abstimmungsergebnis:

25 Jastimmen, 8 Neinstimmen

Der Magistrat wird verpflichtet, den Subventionsbedarf des Produkts 13.01.01 „Grün- und Freiflächenpflege“ in den Jahren 2014 bis 2018 jährlich um 50.000 € zu reduzieren.

(Hinweis: Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schließen sich dem Änderungsantrag der SPD an.)

Änderungsantrag der SPD:

Der Magistrat wird beauftragt den Subventionsbedarf des Produktes 13.01.01. „Grün- und Freiflächenpflege“ in den Jahren 2014 bis 2018 jährlich deutlich zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen – einstimmig

Für die wichtigsten Dienstleistungen des Bauhofs sind Kennzahlen für ein Benchmarking zu entwickeln und für einen Perioden-, Soll-Ist- und Betriebsvergleich intensiv zu nutzen. Die Angebote des KGSt sind heranzuziehen. Darüber hinaus soll versucht werden, sich mit anderen Kommunen im Landkreis zu vergleichen.

Abstimmungsergebnis:

32 Jastimmen, 1 Enthaltung

Der Magistrat legt zur Stadtverordnetenversammlung im September den Entwurf einer Förderrichtlinie für die Jugendförderung der Vereine vor. Ziel ist es, ab dem Jahr 2014 nur noch die Jugendarbeit der Vereine zu fördern. Dabei sind alle Vereine angemessen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

29 Jastimmen, 1 Neinstimme, 3 Enthaltungen

Anträge der BVG-Fraktion

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmen einzuleiten, die eine nachhaltige Reduzierung des Personalkostenblockes (vor allem im Bereich Verwaltung) zum Ziele haben.

Neben der schon durchgeführten ständigen Prüfung der Wiederbesetzung bei freiwerdenden Stellen wird der Aufwand auch nach Wochenstunden betrachtet, d.h. MitarbeiterInnen wird die Möglichkeit eingeräumt, die Wochenarbeitszeit zu mindern. Gleichzeitig werden Mitarbei-

terInnen darin geschult, sich gegenseitig vertreten zu können, um einen Serviceverlust für BürgerInnen zu vermeiden.
Alle Maßnahmen werden einvernehmlich mit den Bediensteten geregelt.

2. Der Magistrat informiert sich zunächst mit Fraktionsvertretern bei Gemeinden, die diesen Schritt vollzogen haben.

Abstimmungsergebnis:

5 Jastimmen, 23 Neinstimme, 5 Enthaltungen

1. Für die Durchführung sämtlicher Großprojekte wird eine Investitions-GmbH gegründet.

Der Vorteil dabei ist, dass die GmbH die Möglichkeit hat, die gesamte Mehrwertsteuer zu optieren. Das heißt, wir zahlen die Mehrwertsteuer erst mit der Abnutzung der Investitionsgüter, ein erheblicher finanzieller Vorteil für die Liquidität.

Des Weiteren ist die GmbH nicht an die engen Regeln bei der Vergabe gebunden, es kann nachverhandelt werden und die Ausschreibungen können auf regionale Unternehmen begrenzt werden.

Dabei hat die GmbH kein eigenes Personal.

2. Der Magistrat und Vertreter der Fraktionen informieren sich zunächst bei Gemeinden, die diesen Weg gegangen sind.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD vor.

Änderungsantrag der SPD:

Es wird nur Pkt. 2 beschlossen in geänderter Fassung: „Der Magistrat und Vertreter der Fraktionen informieren sich bei Gemeinden, die GmbHs aus steuerlichen Gründen betreiben.“

Abstimmungsergebnis zu Pkt 1 des BVG -Antrages:

4 Jastimmen, 29 Neinstimme,

Abstimmungsergebnis über den Änderungsantrag der SPD:

33 Jastimmen – einstimmig

1. Anstelle der Sanierung der Halle Klein-Umstadt für mindestens 3,3 Mio € wird mittelfristig im gleichen Zeitraum, der für eine Sanierung angesetzt ist, ein Neubau in schlüsselfertiger Festpreisversion geplant. Die Ausführung orientiert sich an den tatsächlichen Bedürfnissen in Klein-Umstadt und an den finanziellen Möglichkeiten. Der Neubau wird

in neuester technischer Version, und somit Kosten sparend, ausgeführt.

Die bestehende Halle wird bis zur Fertigstellung der neuen Halle genutzt, die unhaltbaren Zustände im WC Bereich sind durch mangelnde Sauberkeit und Wartung verursacht und werden kurzfristig abgestellt. Das Gelände wird nach der Baumaßnahme veräußert.

Ziel dabei ist, die Investitionssumme deutlich zu reduzieren und die laufenden Kosten zu mindern.

2. Der Magistrat sucht zunächst vorbildliche kostengünstige Neubaulprojekte und besichtigt diese mit Vertretern der Fraktionen.

Der Punkt wird vertagt.

1. Aus dem Projekt für die Versorgung mit Kitaplätzen aller Altersgruppen in Umstadt wird anstelle der Umbauprojekte Geiersberg und Goethestraße ein Neubaulprojekt in Festpreisversion schlüsselfertiger Bauweise auf jetzt unbebautem Grundstück geplant (der genaue Standort wird einvernehmlich bestimmt).

Die Bauausführung orientiert sich am durchschnittlichen Aufwand für Kitaplätze der Bundesländer Berlin, NRW und Sachsen. Damit ist sichergestellt, dass erhebliche Finanzmittel eingespart werden. Ca. 3 Mio €.

2. Dazu sucht und besichtigt zunächst der Magistrat mit Vertretern der Fraktionen beispielhafte kostengünstige Neubaulkitaprojekte als Diskussionsgrundlage für den Neubau.

Abstimmungsergebnis:

4 Jastimmen, 29 Neinstimmen

FDP-Anträge

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Bürgermeister und diejenigen ihrer Mitglieder, die zugleich Mitglieder des Kreistages sind dazu auf, sich in den Gremien des Kreistages gegen jegliche Erhöhung der Kreisumlage zu wenden.

(Hinweis: Herr Dr. Roth hat den Antrag zugunsten des SPD-Antrages zurückgezogen.)

Die Stadt übernimmt für ihren Zuständigkeitsbereich die Aufgaben der Kinder – Jugendhilfe und Familienberatung, die bisher vom Jugendamt des Landkreises wahrgenommen werden.

Dazu werden Verhandlungen mit dem zuständigen Sozialministerium aufgenommen (siehe § 5 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch).

Die dafür anfallende Finanzierung wird aus Mitteln der für die Stadt entsprechend herunter zu rechnenden Kreisumlage gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

1 Jastimmen, 29 Neinstimmen, 3 Enthaltungen

Das Freibad Groß-Umstadt wird ab dem 1.Mai 2013 geöffnet und bei entsprechender Witterung bis zum 15.September d.J. offen gehalten.

Abstimmungsergebnis:

1 Jastimmen, 29 Neinstimmen, 3 Enthaltungen

Im Budget 01.01.03, Konto 712400 „Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse“ wird der Zuschuss „Frauen für Frauen“ in Höhe von 27.000.- Euro gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

1 Jastimmen, 32 Neinstimmen

Im Budget 11 -06.04.01 – wird das Konto 62-643, 64,65 „Personalaufwendungen“ um einen Betrag von 338.190.-Euro verringert auf den Betrag von 2.314.940.-Euro.

Abstimmungsergebnis:

4 Jastimmen, 28 Neinstimmen, 1 Enthaltung

Zu TOP 3.2 Haushalt 2013 Stadt Groß-Umstadt: Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010/2011 zum Haushalt 2013

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2013 der Stadt Groß-Umstadt wird in der vorliegenden Fassung – ergänzt um die hierzu beschlossenen Änderungsanträge – beschlossen und dem Haushalt 2013 als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

29 Jastimmen, 1 Neinstimme, 3 Enthaltungen

Zu TOP 3.3 Haushalt 2013 Stadt Groß-Umstadt: Beschluss des Investitionsprogramms zum Haushalt 2013

Beschluss:

Das im Entwurf vorliegende Investitionsprogramm der Stadt Groß-Umstadt für den Planungszeitraum 2012 bis 2016 wird – ergänzt um die hierzu beschlossenen Änderungsanträge – beschlossen und dem Haushaltsplan 2013 als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

30 Jastimmen, 3 Enthaltungen

Zu TOP 3.4 Haushalt 2013 Stadt Groß-Umstadt: Beschluss der Steuersatzung zum Haushalt 2013

Beschluss:

Die Steuersatzung wird, rückwirkend zum 01.01.2013, neu beschlossen. Die vorherige Steuersatzung wird gleichzeitig aufgehoben. Der zum Beschluss vorgelegte Entwurf der Steuersatzung hat folgenden Wortlaut:

STEUERSATZUNG

Auf Grund der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I, S. 142), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I, S. 786), § 25 Grundsteuergesetz (GrStG) vom 07. 08. 1973 (BGBl. I, S. 965), zuletzt geändert durch Art. 38 des Gesetzes vom 19. 12. 2008 (BGBl. I, S. 2794) und § 16 Gewerbesteuerengesetz (GewStG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 15.10.2002 (BGBl. I, S. 4167), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 20. Februar 2013 (BGBl. I, S. 285) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Groß-Umstadt am 21.03.2013 die folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Steuerhebesätze werden, beginnend zum Haushaltsjahr 2012, nicht mehr im Rahmen der Haushaltssatzung, sondern durch diese Steuersatzung festgesetzt. Anders lautende Regelungen der Haushaltssatzung treten mit Inkrafttreten dieser Steuersatzung außer Kraft.

§ 2

Der Steuerhebesatz für die Gewerbesteuer wird ab dem 01.01.2013 festgesetzt auf
380 v. H.

§ 3

a) Der Steuerhebesatz für die Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftliche Betriebe) wird ab dem 01.01.2013 festgesetzt auf
320 v. H.

b) Der Steuerhebesatz für die Grundsteuer B (für Grundstücke des Grundvermögens) wird ab dem 01.01.2013 festgesetzt auf
410 v. H.

§ 4

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2013 in Kraft. Die am 01.12.2011 beschlossene Steuersatzung wird hiermit aufgehoben.

Groß-Umstadt, den
Der Magistrat der Stadt Groß-Umstadt
gez. Joachim Ruppert, Bürgermeister

Abstimmungsergebnis:

29 Jastimmen, 4 Neinstimmen

Beschluss:

Die im Entwurf eingebrachte Haushaltssatzung der Stadt Groß-Umstadt für das Haushaltsjahr 2013 wird – ergänzt um die hierzu beschlossenen Änderungsanträge – als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

29 Jastimmen, 4 Neinstimmen

Zu TOP 4

Zweckverband Breitband

Anpassung der Satzung/Benennung Vertreter für die Verbandsversammlung

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über Pkt. 1 und danach über Pkt. 2 abstimmen. Da keine weiteren Kandidaten bereitstehen, erfolgt die Abstimmung zu Pkt. 2 per Akklamation.

Beschluss:

In Kenntnis der Änderungen, die sich daraus ergeben, dass zwei Gemeinden als Mitglieder des zu gründenden Zweckverbandes „NGA-Netz Darmstadt-Dieburg“ (NGA = Next Generation Access) ausscheiden, bestätigt die Stadtverordnetenversammlung ihren unter dem 14.12.2012 zur Bildung des Zweckverbandes „NGA-Netz Darmstadt-Dieburg“ gefassten Beschluss wie folgt:

1. Gemeinsam mit weiteren kreisangehörigen Kommunen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg bildet die Stadt Groß-Umstadt den Zweckverband „NGA-Netz Darmstadt-Dieburg“ und vereinbart gemäß § 9 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) in Verbindung mit den §§ 5 und 51 Nr. 11 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) mit den übrigen Beteiligten die als Anlage (1) beiliegende Verbandssatzung des Zweckverbandes „NGA-Netz Darmstadt-Dieburg“.
2. Als Vertreter für die Verbandsversammlung wurden gewählt:

Vertreter

- a) Herr Matthias Horn
- b) Herr Dr. Jochen Ohl

Stellvertreter

- Herr Karlheinz Müller
- Herr Peter Sekyra

Abstimmungsergebnis zu Pkt. 1:

33 Jastimmen – einstimmig

Abstimmungsergebnis zu Pkt. 2:

33 Jastimmen – einstimmig

Zu TOP 5 Konzept SeniorenPolitik in Groß-Umstadt

Beschlussvorschlag:

Das in der Anlage beigefügte „Konzept für die Seniorenpolitik in Groß-Umstadt“ wird als Zielkatalog und Absichtserklärung für die zukünftige Seniorenpolitik der Stadt Groß-Umstadt beschlossen. Die Frage der Ressourcen für die Umsetzung des Konzepts samt seiner Maßnahmen bedarf der Fallprüfung und jeweils neuer Beschlüsse. Der „Runde Tisch“ wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat an der Verwirklichung mitzuwirken und den Fortgang der Umsetzung zu evaluieren.

Zurückgestellt

Zu TOP 5.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan "St.-Peray-Straße / Wiesenstraße" im Stadtteil Umstadt; Beschluss über die öffentliche Auslegung

Der Stadtverordnete André Leers verlässt wegen Widerstreits der Interessen gemäß § 25 HGO den Raum. Er nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem TOP teil.

Beschluss:

Die öffentliche Auslegung des Bauleitplanentwurfes „St.-Peray-Straße / Wiesenstraße“ im Stadtteil Umstadt nebst Begründung gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) wird beschlossen.

Zu TOP 7

Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.01.2013 bzgl. Zukunftswerkstatt "Kinderbetreuung in Groß-Umstadt einschließlich der Stadtteile"

Es erfolgt nur eine Abstimmung zu Punkt 1 der Beschlussvorlage. Über Punkt 2 wird noch einmal im Sozialausschuss beraten.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung organisiert zum Thema U3-Betreuung in Groß-Umstadt eine
Zukunftswerkstatt. Als Modell dient die Veranstaltung des Ortsbeirates Umstadt an 1
Tag in der Säulenhalle. Das Ergebnis dieser Zukunftswerkstatt wird dem
Sozialausschuss zum geeigneten Zeitpunkt vorgelegt.
2. Für die mittel- und langfristige Planung der Kinder- und Jugendbetreuung in Groß-Umstadt und seinen Stadtteilen richtet der Magistrat einen Runden Tisch ein. Dem
Runden Tisch gehören an:
 - a. Der Bürgermeister
 - b. Je 1 Vertreter der in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien
 - c. 2 MitarbeiterInnen der Verwaltung
 - d. 3 VertreterInnen aus dem Kreis der ErzieherInnen der städtischen und evangelischen Kindergärten
 - e. 3 VertreterInnen aus den Elternbeiräten der Kindergärten und Schulen
 - f. 3 VertreterInnen der Schulen
 - g. 3 VertreterInnen aus Groß-Umstädter Jugendvereinen und Vereinen mit einer aktiven Jugendarbeit

Auftrag des Runden Tisches ist, ein Konzept für die "Kinderbetreuung in Groß-Umstadt" einschließlich aller Stadtteile zu entwickeln. Dabei sollen Sachverstand, Ideen und Vorstellungen von interessierten Bürgern, Eltern, beruflich Verantwortlichen und Mandatsträgern aufgenommen, diskutiert und aufbereitet werden. Für die Abarbeitung der verschiedenen Themenkomplexe wird vom Sozialausschuss eine Prioritätenliste festgelegt. In der Folge begleitet der Runde Tisch die Umsetzung des Konzeptes und schreibt dieses im Zweijahresturnus fort.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1:

32 Jastimmen, 1 Neinstimme

Zu TOP 8

Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 30.01.2013 bzgl. Fortschreibung des Kindergartenentwicklungsplanes

Der Antrag wurde von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen, da in der H+F-Sitzung zugesagt wurde, bis zum Sommer 2013 einen überarbeiteten Kindergartenentwicklungsplan vorzulegen.

Zu TOP 9

Antrag der SPD - Fraktion vom 19.02.2013 "Prüfantrag zur Sicherheit der kommunalen Infrastruktur gegen Cyberangriffe"

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu klären inwieweit die Infrastruktur der Stadt Groß-Umstadt gegen Angriffe aus dem Internet geschützt ist. Dabei ist insbesondere der Schutz von Wasser Ver- und Entsorgung sowie die Datensicherheit gespeicherter Daten zu klären.

Darüber hinaus ist aufzuklären in wie weit ausreichende Maßnahmen getroffen wurden, dass der Austausch von sensiblen (personenbezogenen) Daten von der Verwaltung mit Dritten über elektronische Medien entsprechend gesichert ist.

Abstimmungsergebnis:

33 Jastimmen

Zu TOP 10 Anregungen und Mitteilungen

Der TOP wurde mit dem Hinweis auf die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (Zeitlimit) nicht mehr aufgerufen.

Karl Dörr
Stadtverordnetenvorsteher

Doris Reichenberger
Schriftführerin